

**SPERRFRIST:
3. Juni 2014,
00:01 GMT**

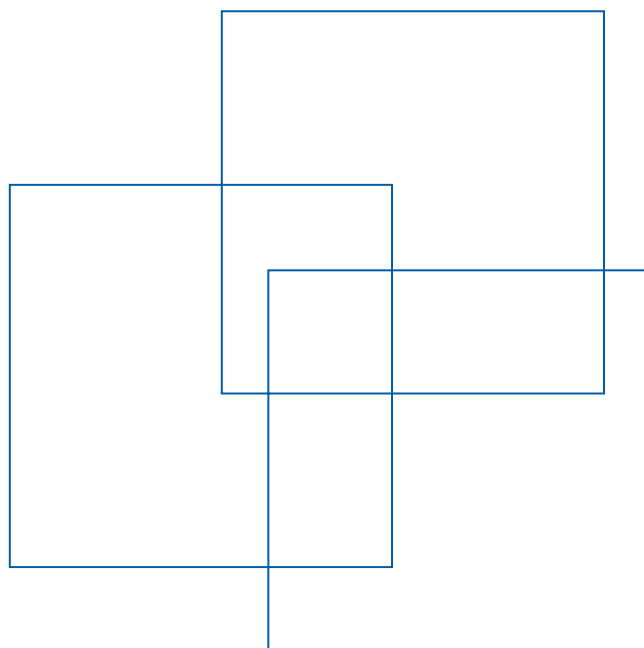


Internationale
Arbeitsorganisation

Weltbericht zur sozialen Sicherung 2014/15

Schlüssel zu wirtschaftlicher Erholung, inklusiver Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit

Zusammenfassung



Die soziale Sicherung spielt eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung des Menschenrechts auf soziale Sicherheit für alle, für die Verringerung von Armut und Ungleichheit und für die Unterstützung von inklusivem Wachstum. Sie verbessert das Humankapital und die Produktivität, stützt die Inlandsnachfrage und erleichtert den Strukturwandel in Volkswirtschaften. Dieser richtungsweisende Bericht des IAA: (i) bietet einen globalen Überblick über die Organisation von sozialen Sicherungssystemen, über ihre Deckung und ihre Leistungen sowie über die staatlichen Ausgaben für soziale Sicherheit; (ii) präsentiert auf der Grundlage eines Lebenszyklusansatzes soziale Sicherung für Kinder, für Frauen und Männer im Erwerbsalter, und für ältere Menschen; (iii) analysiert Tendenzen und neuere politische Handlungskonzepte, beispielsweise negative Auswirkungen von fiskalischer Konsolidierung und Anpassungsmaßnahmen; und (iv) fordert die Ausweitung der sozialen Sicherung im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Krisenerholung, inklusiver Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit.

Wenngleich weitgehend anerkannt wird, dass soziale Sicherung notwendig ist, bleibt das grundlegende Menschenrecht auf soziale Sicherheit für die große Mehrheit der Weltbevölkerung unverwirklicht. Nur 27 Prozent der globalen Bevölkerung genießen Zugang zu umfassenden sozialen Sicherungssystemen, wohingegen 73 Prozent nur partielle oder gar keine Deckung haben.

Der fehlende Zugang zu sozialer Sicherung stellt eine wesentliche Hürde für wirtschaftliche und soziale Entwicklung dar. Unzureichende oder nicht

vorhandene Abdeckung durch soziale Sicherung steht in einem Zusammenhang mit hoher und anhaltender Armut und wirtschaftlicher Unsicherheit, zunehmender Ungleichheit, unzureichenden Investitionen in Humankapital und menschliche Fähigkeiten sowie schwacher Gesamtnachfrage in Rezessionen und langsamem Wachstum.

Die starken positiven Auswirkungen von sozialer Sicherung haben dazu geführt, dass ihr auf der Entwicklungsagenda große Bedeutung beigemessen wird. Soziale Sicherung ist ein zentrales Element nationaler Strategien zur Förderung von menschlicher Entwicklung, politischer Stabilität und inklusivem Wachstum. Die Empfehlung betreffend den sozialen Basisschutz, 2012 (Nr. 202) (Social Protection Floors Recommendation) der Internationalen Arbeitsorganisation spiegelt einen Konsens über die Ausweitung sozialer Sicherheit wider, der zwischen Regierungen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden aus 185 Ländern auf allen Stufen der Entwicklung erzielt wurde. Des Weiteren wird die Einführung sozialer Basisschutzniveaus von der G20 und den Vereinten Nationen unterstützt.

Während es eine globale Tendenz zur Ausweitung der sozialen Sicherheit besteht, insbesondere in Ländern mit mittlerem Einkommen, ist in einer Reihe von Ländern die Wirksamkeit von sozialen Sicherungssystemen infolge von fiskalischen Konsolidierungs- und Anpassungsmaßnahmen gefährdet. Auf diese Tendenzen wird in den unterschiedlichen Kapiteln dieses Berichts eingegangen, wobei ein Lebenszyklusansatz verfolgt wird.

Soziale Sicherheit für Kinder und Familien: ein nicht verwirklichtes Recht

Soziale Sicherungsmaßnahmen sind ein wesentliches Element aller Bemühungen, die Rechte von Kindern zu verwirklichen, ihr Wohlbefinden sicherzustellen, den Teufelskreis von Armut und Anfälligkeit zu durchbrechen und allen Kindern zu helfen, ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Trotz einer starken Ausweitung einiger Programme berücksichtigen bestehende soziale Sicherungsmaßnahmen nicht ausreichend den Bedarf an Einkommenssicherheit von Kindern und Familien. Dies gilt insbesondere in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen und einem großen Anteil von Kindern in der Gesamtbevölkerung. Jeden Tag sterben etwa 18.000 Kinder, hauptsächlich an vermeidbaren Ursachen: Viele dieser Todesfälle könnten durch angemessene soziale Sicherung verhindert werden.

Der sozialen Sicherung kommt auch eine wichtige Aufgabe bei der Prävention von Kinderarbeit zu, weil sie die wirtschaftliche Abhängigkeit von Familien verringert, Kindern den Schulbesuch ermöglicht und sie vor Ausbeutung schützt.

Zur Ausweitung der Maßnahmen mit dem Ziel, Einkommenssicherheit für Kinder und Familien sicherzustellen, sind weitere Anstrengungen erforderlich. Viele Kinder erhalten nicht die Geldtransfers, die notwendig wären, ihre Chancen im Hinblick auf Ernährung, Gesundheit, Bildung und Betreuung nachhaltig zu verbessern und ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Gesetzlich verankerte spezielle Programme für Kindergeld und Familienleistungen gibt es in 108 Ländern, aber sie gelten häufig nur für kleine Gruppen der Bevölkerung. In 75 Ländern sind solche Programme überhaupt nicht verfügbar.

Im Durchschnitt wenden Regierungen 0,4 Prozent des BIP für Kindergeld und Familienleistungen auf, wobei die Spanne von 2,2 Prozent in Westeuropa bis zu 0,2 Prozent in Afrika sowie in Asien und dem Pazifik reicht. Zu wenig in Kinder zu investieren, gefährdet ihre Rechte und ihre Zukunft, wie auch die Aussichten der Länder, in denen sie leben, auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Fiskalische Konsolidierungs- und Anpassungsmaßnahmen in Ländern mit höherem Einkommen gefährden Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung von Einkommenssicherheit für Kinder und Familien. Zwischen 2007 und 2012 hat die Kinderarmut in 19 der 28 Länder der Europäischen Union zugenommen.

Soziale Sicherheit im Erwerbsalter: Streben nach Einkommenssicherheit

Soziale Sicherung spielt eine wichtige Rolle für Frauen und Männer im Erwerbsalter, indem ihre Einkommen bei Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfällen, Invalidität, Krankheit und Mutterschaft stabilisiert werden und ein Mindestmaß an Einkommenssicherheit gewährleistet wird. Wenngleich der Arbeitsmarkt die primäre Quelle von Einkommenssicherheit während des Erwerbslebens darstellt, kommt der sozialen Sicherung eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung der Einkommen und der Gesamtnachfrage zu, wodurch der Strukturwandel innerhalb von Volkswirtschaften unterstützt wird.

Weltweit werden 2,3 Prozent des BIP für soziale Sicherung aufgewendet, um die Einkommenssicherheit von Frauen und Männern im Erwerbsalter zu gewährleisten; regional variieren die Werte beträchtlich und reichen von 0,5 Prozent in Afrika bis zu 5,9 Prozent in Westeuropa.

Schutz bei Arbeitslosigkeit

Wo es Systeme für Leistungen bei Arbeitslosigkeit gibt, spielen sie eine wichtige Rolle dabei, Arbeitnehmern und ihren Familien bei zeitlich begrenzter Arbeitslosigkeit Einkommenssicherheit zu bieten, auf diese Weise zur Armutsprävention beizutragen, den Strukturwandel in der Volkswirtschaft zu unterstützen, Schutz vor Informalisierung zu bieten sowie im Krisenfall die Gesamtnachfrage zu stabilisieren und auf diese Weise der Wirtschaft zu helfen, sich schneller zu erholen.

Weltweit haben jedoch nach geltendem Recht lediglich 28 Prozent der Arbeitnehmer in dem Fall, dass sie arbeitslos werden, potenziell Anspruch auf Leistungen (beitragsgestützt oder nicht beitragsgestützt). Hinter diesem Gesamtwert bestehen beträchtliche regionale Unterschiede: 80 Prozent der Arbeitnehmer in Europa genießen eine entsprechende Abdeckung, 38 Prozent in Lateinamerika, 21 Prozent im Nahen Osten, 17 Prozent in Asien und dem Pazifik sowie 8 Prozent in Afrika. De facto erhalten jedoch nur 12 Prozent der Arbeitslosen weltweit Arbeitslosengeld, und auch diesbezüglich sind die regionalen Unterschiede groß: Der effektive Deckungsgrad reicht von 64 Prozent der Arbeitslosen in Westeuropa bis knapp über 7 Prozent in der Region Asien und Pazifik, 5 Prozent in Lateinamerika und der Karibik sowie weniger als 3 Prozent im Nahen Osten und in Afrika.

Einige Länder (Bahrain, Viet Nam) haben jüngst Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit eingeführt, um Einkommenssicherheit für Erwerbssuchende zu garantieren und ihre Suche nach einem ihren Qualifikationen entsprechenden Job in der formellen Wirtschaft zu unterstützen. Indiens Beschäftigungsprogramm für die ländliche Bevölkerung (Mahatma Gandhi National Employment Guarantee Scheme) bietet also eine Form von Schutz im Falle von Arbeitslosigkeit durch die Garantie von 100 Tagen von öffentlich finanzierter Beschäftigung für arme Haushalte in ländlichen Gegenden.

Schutz bei Arbeitsunfällen

2013 wurde die Welt durch die Tragödie im Rana-Plaza-Gebäude in Bangladesch erschüttert. Den Menschen wurde bewusst, dass soziale Sicherung im Fall von Arbeitsunfällen unentbehrlich ist, um Arbeitnehmer und ihre Familien vor den finanziellen Folgen solcher Unfälle zu schützen und ihre Rehabilitation zu unterstützen. Nach geltendem Recht sind bei Arbeitsunfällen jedoch nur 33,9 Prozent der globalen Erwerbsbevölkerung durch obligatorische Sozialversicherungen abgedeckt. Selbst wenn freiwillige Sozialversicherungen und die Arbeitgeberhaftpflicht ebenfalls berücksichtigt werden, sind nach geltendem Recht nur 39,4 Prozent der Erwerbsbevölkerung abgedeckt. In der Praxis ist es um den De-facto-Zugang zu sozialer Sicherung nach Arbeitsunfällen noch schlechter bestellt, vor allem aufgrund der unvollständigen Umsetzung der Rechtsvorschriften in vielen Ländern.

Der geringe Deckungsgrad in Bezug auf Sozialleistungen nach Arbeitsunfällen in vielen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zeigt, dass es dringend notwendig ist, die Arbeitsbedingungen unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsschutzes zu verbessern und eine bessere Abdeckung durch die Arbeitsunfallversicherung für alle Arbeitnehmer einschließlich derjenigen in der informellen Wirtschaft zu verwirklichen. In dem Maß, in dem mehr Länder von der Arbeitgeberhaftpflicht als Grundlage für den soziale Sicherung nach Arbeitsunfällen zu einem Mechanismus auf Sozialversicherungsbasis übergehen, verbessert sich wahrscheinlich der Arbeitnehmerschutz – aber nur, wenn neue Gesetze wirksam durchgesetzt werden.

Leistungen bei Invalidität und Behinderung

Die soziale Sicherung spielt eine wichtige Rolle bei der Deckung des konkreten Bedarfs von Menschen mit Behinderungen im Hinblick auf Einkommenssicherheit, Zugang zu Gesundheitsversorgung und soziale Integration. Wirksame Maßnahmen mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen dabei zu unterstützen, Beschäftigung hoher Qualität zu finden und zu behalten, sind ein wichtiges Element von auf Nichtdiskriminierung und Inklusion ausgerichteten Konzepten, die helfen, ihre Rechte und Ziele als produktive Mitglieder der Gesellschaft zu verwirklichen.

Nicht beitragsgestützte Leistungen bei Invalidität ergänzen beitragsgestützte Systeme. Sie spielen eine wichtige Rolle beim Schutz von Personen mit Behinderungen, die (noch) keine Ansprüche an beitragsgestützten Systemen erworben haben. Nur in 87 Ländern sind solche nicht beitragsgestützten Leistungen im nationalen Recht verankert. Sie würden immerhin ein Mindestmaß an Einkommenssicherheit für Menschen bieten, die von Geburt an behindert sind oder bei denen die Behinderung vor Erreichen des Erwerbsalters eintritt, und für diejenigen, die aus irgendeinem Grund keine Gelegenheit hatten, lange genug Beiträge zur Sozialversicherung zu entrichten, um Leistungsansprüche zu erwerben.

Mutterschutz und damit verbundene Sozialleistungen

Wirksamer Mutterschutz gewährleistet Einkommenssicherheit für Schwangere und Mütter neugeborener Kinder sowie ihre Familien, und stellt auch den wirksamen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Mütter sicher. Er fördert zudem die Gleichstellung in Beschäftigung und Beruf.

Weltweit sind weniger als 40 Prozent der erwerbstätigen Frauen nach geltendem Recht durch obligatorische Systeme für Geldleistungen bei Mutterschaft abgedeckt; bei Berücksichtigung freiwilliger Versicherung (hauptsächlich für selbstständige Frauen) steigt der Wert auf 48 Prozent. Aufgrund ineffektiver Durchsetzung und Anwendung des Rechts in einigen Regionen (insbesondere Asien und Pazifik, Lateinamerika und Afrika) ist der effektive Deckungsgrad sogar noch geringer: Nur 28 Prozent der Frauen weltweit sind de facto durch Geldleistungen bei Mutterschaft abgesichert, die ihnen ein gewisses Maß an Einkommenssicherheit während der Schwangerschaft und nach

der Geburt garantiert. Das Fehlen von Einkommenssicherheit zwingt viele Frauen, ihre Arbeit vorzeitig wiederaufzunehmen. Eine zunehmende Zahl von Ländern nutzt nicht beitragsgestützte Geldleistungen bei Mutterschaft als ein Mittel, um für Schwangere und Mütter, insbesondere für in Armut lebende Frauen, die Einkommenssicherheit und den Zugang zur Mutter-Kind-Gesundheitsfürsorge zu verbessern. Beträchtliche Defizite bestehen jedoch fort.

Den wirksamen Zugang zu qualitativ hochwertiger medizinischer Betreuung für Schwangere und Mütter sicherzustellen, ist von großer Bedeutung. Dies gilt insbesondere in Ländern, in denen ein hoher Anteil der Beschäftigung auf die informelle Wirtschaft entfällt.

Altersrenten: der Staat in der Verantwortung

Das in Menschenrechtsinstrumenten und internationalen Arbeitsnormen verankerte Recht auf Einkommenssicherheit im Alter schließt das Recht auf eine angemessene Rente ein. Trotzdem erhält fast die Hälfte (48 Prozent) aller Personen über dem Rentenalter keine Rente. Bei vielen, die eine Rente beziehen, ist die Rentenhöhe nicht ausreichend. Infolgedessen haben die meisten älteren Frauen und Männer keine Einkommenssicherheit, kein Recht auf einen Ruhestand und müssen weiterarbeiten, solange sie können – oft schlecht bezahlt und unter prekären Bedingungen. Nach geltenden Rechtsvorschriften und Bestimmungen können nur 42 Prozent der Personen, die heute im Erwerbsalter sind, erwarten, zukünftig eine gesetzliche Rente zu beziehen, und in der Praxis ist der Deckungsgrad noch niedriger. Diese Lücke muss auch durch eine Ausweitung nicht beitragsgestützter Formen der Altersvorsorge geschlossen werden.

In den letzten Jahren haben viele Länder mit mittlerem und niedrigem Einkommen Anstrengungen unternommen, um die Deckung durch beitragsgestützte Rentensysteme auszuweiten und nicht beitragsgestützte Renten einzuführen, um zumindest eine grundlegende Einkommenssicherheit im Alter für alle zu garantieren.

Zur gleichen Zeit reformieren einige Länder im Zuge der Konsolidierung öffentlicher Haushalte ihre Rentensysteme, um Kosten einzusparen, indem sie das Rentenalter anheben, die Leistungshöhe absenken und die Beitragssätze erhöhen. Diese Anpassungen verringern die staatliche Verantwortung dafür, Einkommenssicherheit im Alter zu garantieren, und verlagern große Teile der mit der Altersvorsorge verbundenen wirtschaftlichen Risiken auf die Betroffenen. Dies

untergräbt die Angemessenheit von Rentensystemen und schwächt ihre Fähigkeit zur Verhinderung von Altersarmut. In mindestens 14 Ländern Europas werden zukünftige Rentner niedrigere Renten beziehen.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass eine Reihe von Ländern die in den 1980er und 1990er Jahren durchgeführten Privatisierungen von Rentensystemen rückgängig macht. Um die Einkommenssicherheit im Alter zu verbessern, haben Argentinien, Bolivien, Chile, Polen und Ungarn ihre Rentensysteme wieder verstaatlicht oder sind dabei, diesen Schritt zu vollziehen.

Auf dem Weg zu allgemeiner Absicherung im Krankheitsfall

Die Dringlichkeit der Bemühungen um die Verwirklichung der allgemeinen Absicherung im Krankheitsfall lässt sich anhand des Umstands veranschaulichen, dass mehr als 90 Prozent der Bevölkerung von Ländern mit niedrigem Einkommen ohne jegliches Recht auf Absicherung in Bezug auf die Gesundheitsversorgung bleibt. Weltweit verfügen 39 Prozent der Bevölkerung nicht über eine solche Absicherung. Infolgedessen werden etwa 40 Prozent aller globalen Gesundheitsausgaben von den Patienten selbst direkt getragen. Selbst Personen, die auf gesetzlicher Grundlage abgesichert sind, werden damit konfrontiert, dass sie beschränkte Gesundheitsleistungen erhalten, hohe Eigenzahlungen tragen müssen und medizinisches Personal zur Erbringung von Leistungen fehlt. Unter solchen Umständen ist eine Gesundheitsversorgung trotz gesetzlicher Absicherung häufig entweder nicht verfügbar oder nicht erschwinglich, und der Zugang zu benötigten Leistungen kann in die Verarmung führen.

Schätzungen der IAO zufolge fehlen weltweit 10,3 Millionen Beschäftigte im Gesundheitswesen, die erforderlich wären, um sicherzustellen, dass alle, die Gesundheitsleistungen benötigen, sie in hoher Qualität erhalten. Dieses Defizit und die häufig nahe der Armutsgrenze liegenden Löhne von Beschäftigten im Gesundheitswesen verhindern Fortschritte bei der Verwirklichung der allgemeinen Absicherung im Krankheitsfall.

Weltweit haben 88 Länder in mehreren Regionen gezeigt, dass die Deckungslücken in der Absicherung im Krankheitsfall geschlossen werden können. Viele von ihnen begannen den Reformprozess auf einem geringeren Niveau des Nationaleinkommens und investierten während Wirtschaftskrisen. Sie wiesen außerdem nach, dass Länder mit Hilfe von entweder

steuerfinanzierten oder beitragsfinanzierten Systemen und Programmen oder einem Mix von beidem einen hohen Deckungsgrad und sogar eine allgemeine Absicherung im Krankheitsfall erreichen können. Im Zuge von Haushaltskonsolidierungen haben Länder jedoch häufig Gesundheitsreformen mit dem Ziel eingeleitet, durch Schritte wie die Rationalisierung der Kosten von Einrichtungen im öffentlichen Gesundheitswesen, die Einführung von Patientenzuzahlungen und Gehaltskürzungen beim Gesundheitspersonal Kosteneinsparungen zu erzielen. Diese Anpassungsmaßnahmen haben die Ungleichheiten beim Zugang zu Gesundheitsversorgung vergrößert und die Ausgrenzung verschärft, indem sie die Belastung von der Staatskasse auf private Haushalte verlagert haben.

Investitionen in Gesundheitsschutz einschließlich Lohnfortzahlung im Krankheitsfall lohnen sich. Die öffentlichen Gesundheitsausgaben sind jedoch derzeit zu niedrig, um ausreichend effektiv zu sein: Solange Deckungslücken fortbestehen, können die wirtschaftlichen Vorteile höherer Produktivität und mehr Beschäftigung nicht verwirklicht werden. Diese Lücken zu schließen, würde sich in den ärmsten Ländern der Welt am meisten lohnen.

Um Fortschritte auf dem Weg zur allgemeinen Absicherung im Krankheitsfall und zu dem damit zusammenhängenden Ziel der kürzlich von der UN-Generalversammlung geforderten Einführung sozialer Basisschutzniveaus zu erzielen, sind größere gemeinsame Anstrengungen erforderlich.

Die Ausweitung von sozialer Sicherung: wesentlich für Krisenerholung und inklusive Entwicklung

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat eindrücklich die Bedeutung der sozialen Sicherheit als Menschenrecht und als wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit ist, wie dies in die IAO-Empfehlung (Nr. 202) betreffend soziale Basisschutzniveaus, 2012, dargelegt wurde.

In der ersten Krisenphase (2008–09) spielte die soziale Sicherung eine wichtige Rolle als Teil einer expansiven Politik. Mindestens 48 Länder mit hohem und mittlerem Einkommen kündigten Konjunkturpakete mit einem Gesamtvolumen von 2,4 Billionen US-Dollar an, wovon ungefähr ein Viertel in antizyklische soziale Sicherungsmaßnahmen investiert wurde.

In der zweiten Krisenphase (seit 2010) gingen Regierungen trotz der dringend notwendigen weiteren staatlichen Unterstützung schutzbedürftiger

Bevölkerungsgruppen zur Haushaltskonsolidierung und zu verfrühten Ausgabenkürzungen über. 2014 dürfte sich der Grad der Ausgabenanpassung der öffentlichen Hand beträchtlich intensivieren: Laut Prognosen des IWF werden 122 Länder, davon 82 Entwicklungsländer, gemessen am BIP ihre Staatsausgaben senken. Außerdem durchläuft ein Fünftel der Länder eine übermäßige Fiskalkontraktion, definiert als eine Kürzung der Staatsausgaben unter das Niveau vor der Krise.

Im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung sind Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung nicht auf Europa beschränkt: Viele Entwicklungsländer haben Anpassungsmaßnahmen beschlossen. Zu diesen zählen die Abschaffung oder Verringerung von Nahrungsmittel- und Brennstoffsubventionen; Lohnkürzungen oder -deckelungen, auch für Gesundheits- und Sozialfürsorgepersonal; die Rationalisierung und engere Zielgruppenauswahl von Sozialleistungen; sowie Reformen von Renten- und Gesundheitsversorgungssystemen. Viele Regierungen prüfen auch einnennenseitige Maßnahmen, beispielsweise die Anhebung von Verbrauchssteuern wie der Mehrwertsteuer auf Grundbedarfsprodukte, die von armen Haushalten konsumiert werden.

In Entwicklungsländern wurde ein Teil der Einsparung aus diesen Anpassungen, beispielsweise aus der Abschaffung von Subventionen, zur Einführung von eng begrenzten Sozialhilfeleistungen für die Ärmsten verwendet. In Anbetracht der Gesetz der großen Zahl von gefährdeten einkommensschwachen Haushalten in Entwicklungsländern, sind weitere Anstrengungen erforderlich um den fiskalischen Spielraum zur Deckung des Bedarfs an sozialer Sicherung der Bevölkerung zu vergrößern, sind jedoch weitere Anstrengungen erforderlich.

Besonders beachtenswert sind die entgegengesetzten Tendenzen in reicheren und ärmeren Ländern: Während viele Länder mit hohem Einkommen ihre sozialen Sicherungssysteme beschneiden, weiten viele Entwicklungsländer sie aus.

Länder mit hohem Einkommen haben eine Reihe von Sozialleistungen verringert und den Zugang zu staatlichen Leistungen beschränkt. Zusammen mit anhaltender Arbeitslosigkeit, niedrigeren Löhnen und höheren Steuern haben diese Maßnahmen zu mehr Armut und sozialer Ausgrenzung geführt, wovon in der Europäischen Union jetzt 123 Millionen Menschen betroffen sind, 24 Prozent der Bevölkerung, viele von ihnen Kinder, Frauen, Ältere und Personen mit Behinderungen. Mehrere europäische Gerichte haben

die Kürzungen als nicht verfassungsgemäß eingestuft. Die Kosten der Anpassung wurden an Bevölkerungen weitergegeben, die seit mehr als fünf Jahren weniger Arbeitsplätze und niedrigere Einkommen verkraften müssen. Niedrigere Haushaltseinkommen haben geringeren inländischen Konsum und weniger Nachfrage zur Folge, was die wirtschaftliche Erholung verlangsamt. Die Errungenschaften des Europäischen Sozialmodells, das in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Armut drastisch verringerte und den Wohlstand förderte, wurden durch kurzfristige Anpassungsreformen untergraben.

Viele Länder mit mittlerem Einkommen weiten ihre sozialen Sicherungssysteme deutlich aus und stärken auf diese Weise ihre nationalen nachfragegestützten Wachstumsstrategien: Dies ist ein eindrucksvolles Lehrstück in puncto Entwicklung. China beispielsweise hat einen allgemeinen Deckungsgrad der Altersrenten fast erreicht und Löhne erhöht, und Brasilien hat die Ausweitung des Deckungsgrads der sozialen Sicherung und des Mindestlohns seit 2009 beschleunigt. Um anhaltenden Ungleichheiten entgegenzuwirken, ist fortgesetztes Engagement notwendig.

Manche Länder mit niedrigem Einkommen haben die soziale Sicherung vor allem durch

befristete Programme mit sehr niedrigen Leistungsniveaus ausgeweitet. In vielen dieser Länder wird jedoch die Einführung sozialer Basisschutzniveaus als Teil umfassender sozialer Sicherungssysteme diskutiert.

Die Argumente für soziale Sicherung sind in diesen Zeiten zwingend. Soziale Sicherung verwirklicht das Menschenrecht auf soziale Sicherheit und ist ein zentrales Element solider Wirtschaftspolitik. Soziale Sicherung trägt nachdrücklich zur Verringerung von Armut, Exklusion und Ungleichheit bei und verbessert gleichzeitig die politische Stabilität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Soziale Sicherung trägt auch zu wirtschaftlichem Wachstum bei, indem sie Haushaltseinkommen und damit den Inlandskonsum stützt, was in dieser Zeit langsamer wirtschaftlicher Erholung und niedriger globaler Nachfrage von besonderer Bedeutung ist. Ferner stärkt soziale Sicherung das Humankapital und die Produktivität, weshalb sie zu einem wichtigen Element für transformierende nationale Entwicklung geworden ist. Soziale Sicherung, insbesondere soziale Basisschutzniveaus (social protection floors), sind wesentlich für die wirtschaftliche Erholung, inklusive Entwicklung und soziale Gerechtigkeit und müssen Teil der Entwicklungsgenda für die Zeit nach 2015 sein.

Copyright © Internationale Arbeitsorganisation, 2014

Diese Zusammenfassung ist keine amtliche Veröffentlichung der Internationalen Arbeitsorganisation, und in ihm vertretene Auffassungen spiegeln nicht unbedingt die Auffassungen des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) wider. Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten Bezeichnungen sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen. Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

Der Text kann unter Nennung der Quelle frei verbreitet werden.

Department of Communication and Public Information
Internationale Arbeitsorganisation
4, route des Morillons
1211 Genf 22, Schweiz

Für weitere Informationen: www.ilo.org

**Für weitere Informationen zum Weltbericht zur sozialen Sicherung 2014/15:
<http://www.ilo.org/secsoc/>**